

reale Politik zu betreiben: der Großeinkauf sei für den Verband schwierig durchzuführen. Was der Vorstand erreicht habe, sei vorläufig genug. Vielleicht sei es ratsam, diesen Vertrag mit den Fabrikanten möglichst langfristig abzuschließen.

Nachdem dann die Herren Friedemann, Dürr und Hoffmeister sich für den Sammelbezug und für das Vorgehen des Vorstandes ausgesprochen haben, spricht Herr Kerckhoff die Zuversicht aus, daß in weiteren Verhandlungen sich noch mehr durchsetzen lassen werde, so, daß die Schmetterlingsmarke aus den Warenhäusern verschwinde, daß die Verpackung neutral gehalten werde, daß es zu einem langfristigen Verträge komme usw. Notwendig sei es aber, mit den Fabrikanten wirklich zu einem Verträge zu kommen.

In einer vorläufigen Abstimmung, die nur die Gesamtrichtung der Meinungen feststellen soll, erklärt darauf der Hauptausschuß sich fast einstimmig mit der bisherigen Bearbeitung der vorliegenden Fragen durch den Vorstand einverstanden.

Verbandsdirektor König (Halle) ergreift daraufhin das Wort und erklärt: er habe bei den Verhandlungen im Schwarzwald mit Überzeugung behauptet, daß die deutschen Uhrmacher die 50000 RM. für die Gemeinschaftsreklame aufbringen würden. Heute fühle er sich durch das Resultat etwas gedrückt. Daß die Warenhäuser billige Uhren bekämen, auf Umwegen auch Markenuhren, sei klar und nicht zu hindern. Die Freigabe der Fabrikanten des Wirtschaftsverbandes werde aber kaum zur Folge haben, daß der Umsatz billiger Weckeruhren sich ins Ungeheure steigern. Es sei überhaupt die Frage, in welchem Verhältnis der Umsatz der Warenhäuser und der Uhrenfachgeschäfte zueinander stehe. Die Fachgeschäfte seien doch den Warenhäusern weit überlegen, weil sie viel besser in die feinen Kanäle des Verbrauches eindringen könnten. Es gelte, sich auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen und dafür zu sorgen, daß der Uhrmacher konkurrenzfähig mit dem Warenhause bleibe. Er sei ihm überlegen, wenn er seine fachlichen Qualitäten dem Warenhause gegenüber zur Geltung bringe, und das sei ja der Sinn der Ausstellung, zu zeigen, wie dieses Übergewicht dem Publikum gegenüber zur Geltung gebracht werden könne. In gemeinsamer Arbeit mit der Presse lasse sich immer wieder dieser besondere Vorteil der Qualität des Facharbeiters betonen.

Der Zentralverband wolle seinen Mitgliedern die Mittel für den schweren Kampf um ihre Existenz schaffen, aber die Mitglieder müßten auch verstehen, diese Mittel zu gebrauchen.

Nach einer kurzen Mittagspause trat die Versammlung dann in die

Besprechung der Anträge

ein, über die Direktor König referierte. Die geforderte nähere Begrenzung des Wortlautes Fachgeschäft und Fachmann erregte allgemeine Bedenken. Auf Grund der Bedenken, die die Herren Kraß, Hempel und Gohlke äußerten, wurde dieser Antrag einstimmig abgelehnt.

Der Antrag, den Markenuhrverein ZentRa völlig vom Zentralverband zu lösen, damit die ZentRa volle Bewegungsfreiheit habe, wurde von den Herren Bierhenke und Kraß befürwortet, und nachdem der Vorsitzende Kerckhoff erklärt hatte, daß durch die Bestimmung des § 2, Abs. 1, der Satzungen der ZentRa (jeder Angehörige der ZentRa muß Mitglied des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher sein) allein die Verbundenheit der ZentRa mit dem Zentralverband zum Ausdruck komme, diese Verbindung aber nicht aufgegeben werden solle, wurde der Verselbständigung der

ZentRa von allen zugestimmt. Die noch vorhandenen Uhren sollen für 1900 RM. veräußert werden, die Rechte des Zentralverbandes an die Zentra für 9000 RM. übertragen werden, die von 1930 an in Raten von 2000 RM. bezahlt werden sollen.

Ebenso erklärte der Hauptausschuß sich einverstanden mit der Löschung der Markenuhr G. m. b. H.

Die Anträge zur Lehrlingsausbildung riefen ebenfalls eine ausführlichere Aussprache hervor. Herr Firl (Erfurt) wies auf die Bestrebungen des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums hin, die Erwerbslosen „umzuschulen“, so erwerbslose Mechaniker, Optiker usw. Der Gefahr, die hieraus drohe, müsse der Zentralverband seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Herr Magdeburg (Leipzig) erklärte, die Forderung, nach Möglichkeit nur Uhrmachersöhne als Lehrlinge auszubilden, scheine ihm doch unausführbar. Herr Dürr (Stuttgart) berichtete, wie die Bidligmeiersche Fabrik in Schwäbisch-Gmünd

Lehrlingszüchterei

betreibt. Die Handwerkskammer Stuttgart wolle jetzt den Prüfungsausschuß zwingen, diese Lehrlinge zu prüfen. Herr Firl (Erfurt) erklärt dazu, die Prüfung dürfe nicht abgelehnt werden, aber sie müsse so gehalten werden, daß die wirkliche Eignung für das Uhrmachergewerbe klar hervorgehe. Herr Linnarß (Köln) wirft darauf die Frage der Lehrlinge in den Krüppelheimen auf. Herr Firl rät, die Krüppelheime darauf aufmerksam zu machen, daß das Uhrmacherhandwerk nicht so einträglich und so leicht sei, wie allgemein angenommen werde. Herr Fleig und Herr Werner beschwerten sich darüber, daß jetzt auch die Fachlehrer den Anspruch erheben, zu den Prüfungen hinzugezogen zu werden, und Herr Werdo berichtet über einen besonders krassen Fall von Lehrlingszüchterei in Hamburg, der bis zur Errichtung einer „Uhrmacherakademie“ durch den Betreffenden geführt habe.

Eine lebhaftige Aussprache löst dann noch der Antrag Thüringen aus, der sich mit dem

Vorgehen der Geistlichen,

Uhren und Schmuckgegenstände als Konfirmationsgeschenke zurückzudrängen, beschäftigt. Herr Kraß (Minden) weist darauf hin, daß das Konfirmationsgeschäft, neben dem Weihnachtsgeschäft das einzige Saisongeschäft der Uhrmacher, im Gegensatz zu dem sonstigen Umsatz in den letzten Jahren zurückgegangen sei. Und Herr Kronberger (Erfurt) erklärt dazu, daß dieses Vorgehen der Geistlichen in Thüringen keine einzelne Erscheinung, sondern allgemein sei.

Direktor König erklärt darauf, wenn in solchem Umfange Sturm gegen die Interessen der Verbandsmitglieder gelaufen werde, dann sei es selbstverständlich, daß eine umfassende Abwehr notwendig wäre.

Lebhaft besprochen wird dann noch ein Antrag der Berliner Innung, die Mieterhebung für Straßenuhren abzuschaffen. Die Herren Gohlke, Erdenberger, Werdo, Lechner und Linnarß berichten dazu aus den Gebieten ihrer Verbände manche Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß durch Einwirkung auf die örtlichen Körperschaften hier Abhilfe nötig ist.

Über die Frage, was mit den

beschlagnahmten Uhren

geschehen soll, berichtet Herr Fleig (Mannheim). Bisher sei diese Frage nur eine Sorge der Süddeutschen gewesen, sie werde aber jetzt zu einer Reichsangelegenheit. Die Verhandlungen, die mit allen möglichen örtlichen, staatlichen und Reichsstellen immer wieder geführt worden seien, hätten zu keinem Ergebnis geführt.